

# LAUT NIEDERÖSTERREICH

Der Hauptverein der Ingenieure der  
niederösterreichischen Landesverwaltung –  
Eine kurze Existenz?

## 1932 – 1938

*Stollendurchschlagsfeier beim Kraftwerk XI, Oberndorf am  
Gebirge, Frühjahr 1923. Aufnahme von Wilert, Traismauer.  
EVN-Archiv.*

*Die Erschließung der Wasserkraft und Elektrifizierung des Landes  
stellte eine der größten technischen Leistungen während der  
Ersten Republik dar.*



Die erste, kurze Episode der Vereinsgeschichte ereignete sich vor dem Hintergrund von vier großen Brüchen in der Geschichte Österreichs: dem Zerfall der Donaumonarchie und der Gründung der Republik Österreich 1918; der Abkehr von einer demokratischen Regierungsform und der Errichtung eines autoritären Ständestaates unter Kanzler Engelbert Dollfuß 1933/34; dem „Anschluss“ Österreichs an das Dritte Reich 1938; sowie die Zerschlagung des NS-Regimes und die Wiedergeburt der Republik Österreich 1945. Nachdem sich diese Ereignisse in rascher Abfolge, binnen des Erlebnishorizontes einer Generation, zutragen, kam es zu einer eigentümlichen Vermengung von Neuerung und Kontinuität von Gesellschaftsstrukturen, wirtschaftlicher Entwicklung oder Mentalitäten. Auch die niederösterreichische Beamtenschaft musste sich diesen Herausforderungen stellen und damit auch die Mitglieder des vor 80 Jahren gegründeten Vereins der Ingenieure im n.ö. Landesdienst.



Ing. Rudolf Kolbeck  
Erster Obmann

Auch das technische Umfeld in Niederösterreich war stark von der fortgesetzten wirtschaftlichen Krise der jungen Republik geprägt. Zwar kam es durchaus zu Fortschritten, etwa bei der Elektrifizierung und dem Bahnbau, doch verblieben die ausgearbeiteten Pläne zumeist in den Schubladen der Ingenieure. Es fehlte demnach keineswegs am Know-how, doch gab es kaum öffentliche Mittel, die in die Infrastruktur investiert werden konnten. Eine der zentralen Leistungen der Ersten Republik lag allerdings in der Erschließung der Wasserkraft als Energiequelle. Zwar erfolgten schon vor 1918 wichtige Pionierarbeiten im Kraftwerksbau, der eigentliche Boom setzte jedoch in den 1920er Jahren ein. Auslöser waren der Mangel an größeren Kohlelagerstätten – die man an die Nachfolgestaaten der Monarchie, etwa die Tschechoslowakei, verloren hatte – sowie harte Zölle auf Brennstoffimporte, die Österreichs chronische Zahlungsbilanzkrise weiter verschärften. Viele Großprojekte wie die Staustufen im Kamptal wurden bereits in der Zwischenkriegszeit geplant, konnten aber erst mit Hilfe von Mitteln aus dem Marshallplan ab 1949 umgesetzt werden.

## Die Niederösterreichische Beamtenschaft und die politischen Brüche der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Schon der Übergang 1918 vom Kronland hin zum Bundesland zeitigte einen wichtigen Einfluss auf das Selbstverständnis und die Zusammensetzung der (hohen) Beamtenschaft.<sup>1</sup> Vor allem die dienstrechtliche Trennung zwischen Staats- und Landesbeamten – die allerdings alle für die niederösterreichischen Verwaltung zuständig waren – zeitigte Folgen, da sich die beiden Gruppen auch in ihrem sozialen Hintergrund unterschieden. Zu den für die politische Verwaltung Niederösterreichs zuständigen Staatsbeamten zählten Angehörige und Sprösslinge des ehemaligen (Verwaltungs-)Adels, klassischer Weise Abgänger der ehemaligen Ritterakademie Theresianum in Wien. Landesbeamte entstammten mehr der Bürgerlichen Schicht und organisierten sich im Cartellverband (CV). Der Bruch von 1918 traf beide Gruppen schwer, gingen sie doch der wichtigen Identifikationsfigur, des Kaisers, verlustig. Von den höchsten Niederösterreichischen Beamten von vor 1918 verblieb auch nur mehr ein Drittel in den Diensten der Republik. Während sich die CV-nahen Landesbeamten fortan stark an die Christlichsoziale Partei annähernten, verblieben die Staatsbeamten vordergründig unpolitisch, was in Folge der politischen Dominanz der Christlichsozialen Partei in Niederösterreich zu einem nachhaltigen Aufstieg Ersterer bei gleichzeitigem Bedeutungsverlust Letzterer führte. Nach dem Systemwechsel 1933/34, als durch den Bundeskanzler Engelbert Dollfuß zunächst das Parlament ausgeschaltet und schließlich eine neue Verfassung für einen autoritären Ständestaat verabschiedet wurde, dürfte in der monarchisch sozialisierten hohen niederösterreichischen Beamtenschaft kaum jemand der Demokratie nachgetrauert haben. Schließlich hatten die Jahre der Demokratie meist nur massive Kürzungen und einen Prestigeverlust für die Beamten bedeutet. Für die CV-Mitglieder unter der Beamtenschaft brachte die Zeit im Ständestaat die absolute Dominanz, woran die Einrichtung der „Vaterländischen Front“ als Einheitspartei des Dollfuß/Schuschnigg-Regimes nichts änderte. Auch der „Anschluss“ Österreichs an das „Dritte Reich“ im März 1938 führte zu keinem abrupten Bruch. Einzig die allerhöchsten Landesbeamten sowie solche mit jüdischem Hintergrund wurden sofort ausgetauscht, denn das Hauptaugenmerk lag auf der reibungslosen Fortführung der Verwaltungsaufgaben. Zunächst waren es die Theresianum-Absolventen, die wieder an Bedeutung in der Landesverwaltung gewinnen konnten, während die CV-Mitglieder bis 1940 bei sich bietenden Gelegenheiten großteils aus dem Dienst entfernt wurden. Im Vergleich zu 1938 waren 1940 jedoch nur mehr 8

Prozent der einstmaligen Spitzenbeamten im Dienst, während die Landesverwaltung von nun an fest in der Hand von Parteigängern der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei – zumeist Juristen aus der Oberschicht – lag.

## Die Wurzeln des Vereins

Obzwar erst 1932 offiziell gegründet, reichen die Ursprünge des Vereins der Ingenieure im n.ö. Landesdienst ebenfalls bis in die Zeit der Monarchie zurück. Entsprechend waren seine Mitglieder mit den oben beschriebenen politischen Herausforderungen konfrontiert. Es muss allerdings festgehalten werden, dass sich unter der höchsten niederösterreichischen Beamtenschaft, die sich politisch exponieren musste, kaum akademische Techniker, sondern vor allem Juristen fanden.

Die archivalisch belegbaren Vorgängervereinigungen aus dem Ingenieurskorps auf österreichischem, im speziellen niederösterreichischem Gebiet, gehen auf das Jahr 1900 zurück. Unmittelbarer Vorgängerverein war der „Verband der Ingenieure der niederösterreichischen Landesregierung“, dessen Gründung am 4. Mai 1910 erfolgt war. Eine Namens- und Satzungsänderung wurde 1923 durchgeführt. Von da an lautete der Name „Verband der Ingenieure der n.ö. Landesregierung (übertragener Wirkungsbereich).“<sup>2</sup> Über Einflussbereiche und Mitgliederstand gibt es keinerlei Aufzeichnungen. Derartige Ingenieurszusammenschlüsse begannen sich ab 1848, wie der Österreichische Ingenieur- und Architekten-Verein (ÖIAV), als einer der ältesten weltweit, zu bilden. Neben sehr eng definierten professionellen Vereinen schloss sich die Beamtenschaft des noch jungen – und bis 1921 mit Wien vereinten – Bundeslandes Niederösterreich auch zu Vereinigungen zusammen, die größere Personengruppen, wie etwa die Akademiker im Landesdienst umfassten. Für Letztgenannte stand so der „Verein von n.ö. Landes-Konzeptsbeamten“, der dem Dachverband „Zentralverband der n.ö. Landesbeamtenvereine“ (seit 1921: Bund der n.ö. Landesangestellten, seit 1935: Hauptvereinigung der öffentlichen Angestellten des Landes Niederösterreich) angehörte, offen. Nachdem die Bediensteten der Landesverwaltung bis 1938 in zwei unterschiedliche Besoldungsordnungen geschieden wurden – in eine landständisch-autonome (Landesbeamte) und eine landesfürstlich-politische (Staatsbeamte), mit spezifischen Interessensverbänden –, gehörten die bun-

# LAUT NIEDERÖSTERREICH

desangestellten Akademiker im Landesdienst einer parallelen Vereinigung an, der Standesgruppe der Akademiker im „Reichsverband der öffentlich Angestellten“. <sup>3</sup>

In den Beständen des Vereins der Ingenieure im n.ö. Landesdienst finden sich Belegstellen, wonach sich 1932, die zu diesem Zeitpunkt bereits bestehenden Ingenieursvereinigungen, nämlich die „Vereinigung der Ingenieure des n.ö. Landesdienstes“ und der „Verband der Ingenieure des n.ö. Landesbaudienstes“ zu einer „Arbeitsgemeinschaft der Ingenieursverbände beim Amte der n.ö. Landesregierung“ zusammengeschlossen hatten. Dieser Zusammenschluss sollte durch die Gründung des „Hauptvereines der Ingenieure der n.ö. Landesverwaltung“ zusätzlich untermauert werden, da ihm sowohl Landes- als auch Bundesingenieure angehörten. Daneben bestanden noch die gewerkschaftlich aktiven Vereine der Landes- und Bundesingenieure.

Mit der Gründung des neuen Vereins war es gelungen, sämtliche Ingenieursgruppen der niederösterreichischen Landesverwaltung zusammenzufassen. Als oberstes Ziel formulierte man „die Hebung der Stellung und des Ansehens des Ingenieurs in der Verwaltung“ und proklamierte die „Gleichberechtigung der Arbeit des beamteten Ingenieurs mit der Arbeit anderer akademischer Gruppen.“ <sup>4</sup>

Zum ersten Obmann wählte man Landesoberbaurat Ing. Rudolf Kolbeck, dem stellvertretend Ing. Kurt Rosche zur Seite stand. Komplettiert wurde der Vorstand durch je zwei Schriftführer und Kassiere.

## ***Dipl.-Ing. Fritz Weigl***

*Nach Rudolf Kolbeck und Kurt Rosche stand Fritz Weigl von 1936 bis zur Auflösung 1938/39 dem Verein vor. Aus Anlass seines 70. Geburtstags am 6. Mai 1951 würdigte ihn der wiedergegründete Verein in einer Presseaussendung für seine „langjährige hervorragende fachliche Tätigkeit, insbesondere im Wasserversorgungswesen“ sowie dass er „nach dem Zusammenbruch 1945 am Wiederaufbau des technischen Dienstes in Niederösterreich maßgeblich beteiligt“ gewesen war und „sich als Landesbaudirektor bleibende Verdienste um die Organisation des n.ö. Landesbauamtes erworben“ hatte. Dem Nachkriegsverein trat Weigl allerdings erst wieder 1956 bei. Zu seinem 80. Geburtstag wurde ihm nicht nur das goldene Komturkreuz des Landes Niederösterreich, sondern auch von der Vereinigung der Dipl.-Ing. der n.ö. Landesverwaltung in der Vollversammlung am 17. Mai 1961 per Akklamation die Ehrenmitgliedschaft verliehen.*

## Das unspektakuläre (vorübergehende) Ende des Vereins

Von der offiziellen Gründung bis zur großen Zäsur der Auflösung des Vereins 1938/39 hatte lediglich die Ausrufung des Ständestaats Einfluss auf die Vereinsstatuten. Aufgrund der bundesgesetzlichen Bestimmungen vom 19. Oktober 1934 mussten die Vereinssatzungen damals hinsichtlich der Einrichtung des Berufsstandes der öffentlich Bediensteten geändert und neu formuliert werden. Es sollte dies bis in die Gegenwart die einzige zwingende Veränderung der Satzungen bleiben. Durch die Satzungsänderungen 1934 war der Verein zwar umgebildet worden, existierte aber weiter, ehe die nationalsozialistische Macht ergreifung ein jähes Ende des noch jungen Vereins brachte. Am 18. November 1938 wurde ein Antrag auf Löschung gestellt, drei Tage zuvor wurden die Tätigkeiten vom Reichsbund der Deutschen Beamten, Graf Spreestrasse 17, Berlin übernommen. Eine derartige Übernahme galt aber nur für „arische“ Mitglieder. Im Milieu von Beamtenorganisationen wurden häufig Beschlagnahmungen von Vereinsvermögen durchgeführt, das oftmals von der NSDAP am Stillhaltekommissar vorbeigeführt und „ziellos“ abtransportiert wurde.<sup>5</sup> Der Antrag ist die letzte schriftliche Aufzeichnung für über zehn Jahre.